

## **Protokoll:**

Rm Bocklet (CDU-Fraktion) begründet den Antrag.

Beigeordnete Dr. Theis-Scholz trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0038/2017).

Die BIZ-Fraktion begrüßt den Antrag und bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass, sollte das Gutachten zu dem Ergebnis kommen, dass die Rentabilität beispielsweise des Romanticums nicht gegeben ist, eine Schließung erfolgt.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erklärt, dass die Thematik schneller bearbeitet werden müsse und dass im Romanticum mehr Veranstaltungen stattfinden müssten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt in diesem Zusammenhang mit, dass der Werkausschuss Koblenz-Touristik in seiner letzten Sitzung eine Vergabeentscheidung im Hinblick auf das Kultur Café getroffen habe.

Rm Altmaier (SPD-Fraktion) erklärt, dass das Forum Confluentes an sich eine gute Entscheidung gewesen sei. Es hätte allerdings eine größere Eröffnungsfeier stattfinden müssen. Er fordert für die Koblenz Touristik ein größeres Budget für eine intensivere Vermarktung des Kulturbaus.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Machbarkeitsstudie.

Rm Diederichs-Seidel (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach den Kosten einer Machbarkeitsstudie.

Beigeordnete Dr. Theis-Scholz erklärt, dass die studentische Unternehmensgruppe von der Universität Koblenz-Landau sei. Sie wolle eine alters- und zielgruppenspezifische Abfrage unter anderem im Hinblick auf die Wirkung des Baus, die Akzeptanz in der Bevölkerung und den Bekanntheitsgrad des Kulturbaus durchführen. Infolgedessen solle ein Maßnahmenkatalog erstellt werden. Die Zwischenergebnisse würden in den Gremien vorgestellt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, im Haupt- und Finanzausschuss durch die Kulturdezernentin und Herrn Prof. Dr. Korflesch über die Studie der Universität Koblenz-Landau berichten zu lassen und die Kulturdezernentin mit der Prüfung zu beauftragen, ob auch an der Hochschule und / oder der WHU für das Thema der Vermarktung des Forum Confluentes unter besonderer Beachtung des Romanticums Interesse an der Durchführung einer Studie im Rahmen einer Bachelor- oder Masterarbeit besteht und darüber ebenfalls im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten. Er gehe davon aus, dass keine Kosten entstehen würden, da diese Studien im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten erfolgen könnten.